

Kein Staatsgeld ohne Klimaschutz?

Klima. Soll die AUA Corona-Hilfen nur bekommen, wenn sie „grüner“ wird? Österreich müsse die Krise jedenfalls zum Umbau seiner Wirtschaft nutzen, sagen Ökonomen.

VON MATTHIAS AUER

Wien. Je länger die Corona-Krise dauert, desto lauter melden sich Politiker, Firmenchefs und Ökonomen auch mit ihren Ideen zu Wort: Am Dienstag forderten über 180 europäische Politiker, Unternehmer, Gewerkschaften und Wissenschaftler verstärkte Investitionen in umweltfreundlichere Bereiche. Mit von der Partie sind etwa L’Oreal, Ikea, Danone, Coca-Cola, H&M, Volvo, Microsoft, Renault und der österreichische Stromversorger Verbund. „Nach der Krise wird die Zeit zum Wiederaufbau kommen“, heißt es in der Erklärung. Und dieser müsse eben „grün“ sein.

Das ist ganz nach dem Geschmack der Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne). Sie plädierte erst kürzlich im Gespräch mit der „Presse“ dafür, staatliche Hilfgelder nach der Corona-Krise an Klimaschutzvorgaben zu koppeln. Ökonomen vom Wifo und dem Grazer Wegener-Center haben sich angesehen, wie die Regierung diesen Umbau der heimischen Wirtschaft anlegen sollte. Viel Grund, damit erst nach Ende der Krise zu beginnen, sehen sie nicht.

Kein Rückzieher bei Steuerreform

Eines vorneweg: Der momentane Rückgang der CO₂-Emissionen während der Pandemie täuscht, betonen die Autoren. Schon die Finanzkrise 2008/09 habe gezeigt, wie schnell ein kurzfristiges Minus der Emissionen wieder zunichtegemacht ist, wenn sich die Wirtschaft erholt. Umso mehr müsse Österreich die Zeit jetzt nutzen, die Volkswirtschaft widerstandsfähiger gegenüber künftigen

Schocks zu machen. Dazu brauche es eine Stärkung von Forschung und Entwicklung, aber eben auch den Umbau zu einer klimafreundlichen Wirtschaft. Und damit könne Österreich schneller anfangen, als man denkt. Schon die Corona-Soforthilfen, die Liquidität sichern und Arbeitslosigkeit verringern sollten, müssten nicht blind an alle vergeben werden. So könne man darüber diskutieren, ob „Luftfahrtunternehmen oder die Automobilbranche Hilfgelder nur dann erhalten, wenn sie bestimmte Klimavorgaben (z. B. Maßnahmen zur Steigerung der Flotteneffizienz in der Luftfahrtindustrie; Verschärfung der Emissionsgrenzwerte in der Automobilindustrie) einhalten“. Die AUA bekäme nach dem Plan ihre Staatshilfen also nur dann, wenn sie sich vorab zu mehr Klimaschutz verpflichtet.

Deutlich einfacher dürfte das Umfärben des Konjunkturpakets werden – wenn es die Regierung diesmal anders macht als nach der Finanzkrise 2008/09. Damals flossen nur 30 Prozent des milliardenschweren Konjunkturpakets in Klima, Infrastruktur, Forschung oder Bildung. Im Wifo-Vergleich mit elf anderen OECD-Ländern war das ein bescheidener Wert. Bereits beschlossene Investitionsvorhaben wie der Ausbau der Erneuerbaren und der Bahninfrastruktur könnten im Rahmen eines Konjunkturpakets deutlich verstärkt werden.

Auch bei der geplanten Ökologisierung des Steuersystems würde das Forscherteam keine Abstriche machen, auch wenn sie bestimmte Branchen, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind, besonders belastet (wie etwa die Flugabgabe die Luftfahrt-

unternehmen oder die Nova die Automobilindustrie). Vorsichtiger sollten die Staaten hingegen bei Ökosteuern sein.

CO₂-Steuern zur Budget-Konsolidierung

Viele Länder hätten nach der Krise 2008/09 „relativ unsystematisch“ Ökosteuern erhöht, nur um Mehreinnahmen zu generieren, warnen sie. Ein solches Vorgehen senke die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Steuern gegen null. Entscheidend dafür, ob Menschen Ökosteuern akzeptieren oder nicht, sei deren Verwendung. Aus Sicht der Ökonomen spreche dennoch einiges dafür, dass Österreich CO₂-Steuern einführt, um kurzfristig zusätzliche Einnahmen zur Budgetkonsolidierung zu generieren. Denkbar sei das aber nur dann, wenn die Regierung sich schon vorab darauf festlege, wie und wann diese Einnahmen in eine umfassende Abgabenreform eingebaut würden. [Image]